

Sehr geehrte Frau Pallas,
sehr geehrte Frau Staupe,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

herzlich willkommen zum heutigen Fachtag unter dem Motto „Barriere? frei!“ hier im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden und herzlichen Dank an die Mitstreiter des Landesverbandes, dass Sie sich des Themas angenommen haben. Mit der Etablierung eines Wettbewerbs-Formats im Bereich Soziokultur zur Frage der „Heimat“ haben Sie Maßstäbe gesetzt und dazu aufgefordert, sich mit den konkreten Lebensbedingungen im Alltag auseinanderzusetzen. Aktive Aneignung der Lebenswelt, Beteiligung und Mitgestaltung der Umwelt sind insbesondere für Kinder und Jugendliche wichtige Faktoren eines gelingenden Aufwachsens, einer Akzeptanz der Mitmenschen und des Gemeinwesens insgesamt.

Dabei hat das Thema Inklusion bisher eine nur geringe Rolle gespielt. War vielleicht der Aspekt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft insgesamt ein Thema, so schien die gleichberechtigte und auch faktisch gleichermaßen mögliche Teilnahme innerhalb der Peergroups weniger im Focus zu stehen. Durch die Ausschreibung konnten und sollten sich nun Jugend- und Kultureinrichtungen angesprochen fühlen, auch diesen Aspekt stärker zu beleuchten.

Und genau darum geht es, Menschen mit Behinderung sind ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft. Sie wollen gemeinsam mit anderen leben, lernen, ihre Freizeit gestalten oder Kultur erleben. Doch noch viel zu oft ist das leider nicht möglich, weil eine Stufe den Zugang versperrt, weil eine Information nicht wahrgenommen werden kann oder weil niemand daran gedacht hat, eventuell benötigte kleine Hilfen bereitzustellen. Behindert ist man nicht, behindert wird man. Dies ist – etwas pointiert ausgedrückt – auch die Definition der UN-Behindertenrechtskonvention, die Behinderung aus einer Wechselwirkung zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und verschiedenen, auch einstellungsbedingten, Barrieren in der Umgebung erklärt.

Als für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung zuständige Ministerin begrüße ich es sehr, dass Sie sich dieses Themas annehmen als ein Verband, der nicht aus dem klassischen Spektrum der Behindertenhilfe kommt. Das verdeutlicht, dass Behindertenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist und nicht das Steckenpferd einiger Betroffener. Inklusion kann nur gelingen, wenn sie von den Verantwortlichen aller im Alltag relevanten Bereiche angestrebt und aktiv umgesetzt wird. Dies betrifft Jugendliche und Kultur ebenso, wie die Bereiche Verkehr, Bauen,

Bildung und andere. Genau das ist unser Ziel: Dass wir unser Zusammenleben von Anfang an so gestalten, dass jeder Mensch daran gleichberechtigt teilnehmen kann.

Es ist wichtig und richtig, dass die Ausschreibung sich nicht auf Projekte bezog, die neben einem Beginn auch ein klares Ende haben und nach ihrer Umsetzung Geschichte sein würden. Vielmehr waren hier Konzepte gefragt, die auf eine gewisse Dauer angelegt sind und signalisieren, dass sich hier eine Einrichtung auf den Weg macht, ihr Besucher- und Nutzungskonzept grundsätzlich zu überdenken. Hier galt es zu fragen, ob im ganz normalen Alltag – das heißt: im für Menschen ohne Behinderung ganz normalen Alltag – sich nicht Barrieren befinden, die einen Teil der Menschen ausschließen, behindern oder zumindest benachteiligen und ihnen so eine gleichberechtigte Teilhabe unmöglich machen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es zu solchen Überlegungen Anstöße braucht. Wenn eine Einrichtung bisher keine Menschen mit Behinderung unter ihren Gästen hatte, so konnte dies allzu leicht mit mangelnder Nachfrage und nicht gegebenem Bedarf abgetan werden. In der Praxis zeigte sich dann aber, dass eine Nachfrage durchaus festzustellen war, wenn entsprechende Zugänge vorhanden waren und sich mit der Zeit auch bei anderen Nutzern Verständnis für die Beseitigung von Barrieren einstellte.

Solchen Entwicklungen brauchen Zeit, und insofern sehe ich diesen Wettbewerb auch als Anstoß für weitere Überlegungen und weitere Aktivitäten – Aktivitäten der Einrichtungen, der Träger, ihrer Verbände, aber auch Aktivitäten der Kommunen, Barrieren abzubauen.

Wichtig und richtig war es auch, dass die den breiten Querschnitts-Ansatz widerspiegelt. Den Ansatz, Fragen der Inklusion von Vertretern der verschiedensten Bereiche und Institutionen diskutieren zu lassen. Dabei konnten die spezifischen Blickwinkel von soziokulturellen Zentren ebenso eingebracht werden wie die Blickwinkel von Verbänden, Behörden, Experten oder Selbsthilfegruppen. Die eingereichten 13 Konzepte belegen, dass das Signal zur inklusiven Gesellschaft in der Soziokultur angekommen ist und dass wir uns gemeinsam auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft begeben.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Clauß
Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz